

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Führen in Teilzeit: Etablierung von Jobsharing-Modellen im Öffentlichen Dienst des Landes Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen der vorhandenen Personal-Budgets Teilzeit-Modelle für Führungspositionen im Öffentlichen Dienst des Landes Berlin zu entwickeln. Dabei ist ein besonderer Fokus auf die Entwicklung von Jobsharing-Modellen zur Frauenförderung zu legen. Hierbei ist sicherzustellen, dass die Führungskräfte die Möglichkeit haben, die Modelle flexibel auszugestalten. Die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung flexibler Teilzeit- und insbesondere Jobsharing-Modelle sind vom Senat zu erarbeiten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2024 ein entsprechender Umsetzungsplan vorzulegen.

Begründung

Modelle der Teilzeitführung sind ein wichtiger Baustein der Chancengleichheit der Geschlechter und der Frauenförderung. Eine Möglichkeit des Führens in Teilzeit ist das sogenannte „Jobsharing“, bei dem ein Dienstposten geteilt und gemeinsam von in der Regel zwei Personen wahrgenommen wird. Im Gegensatz hierzu wird bei einem Führen in „echter“ Teilzeit eine Führungsposition von einer teilzeitbeschäftigten Person wahrgenommen, ohne dass eine ergänzende Besetzung der Stelle durch eine weitere Person erfolgt. In Situationen, in denen eine vollständige oder sogar überproportionale Besetzung einer Führungsposition erforderlich ist, eröffnen Jobsharing-Modelle Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigte. Dies berücksichtigt den gesetzlichen Anspruch auf Arbeiten in Teilzeit, der auch für Führungskräfte gilt und realisierbar sein muss.

Modelle der Teilzeitführung ermöglichen es Führungskräften, ihre beruflichen Anforderungen mit persönlichen Verpflichtungen und Bedürfnissen besser in Einklang zu bringen, was die Zufriedenheit und Produktivität der Führenden erhöhen kann. Behörden, die „Führen in Teilzeit“ und insbesondere Jobsharing unterstützen, können ihre Attraktivität als Arbeitgeber steigern und talentierte Fachkräfte anziehen und halten. Jobsharing-Modelle können zudem Arbeitsqualität fördern, indem die unterschiedlichen Sichtweisen und Überlegungen zweier Führungskräfte in die Aufgabenwahrnehmung einfließen. Jobsharing Modell sind im Land Berlin aktuell noch nicht etabliert. Der öffentliche Dienst sollte hier eine Vorreiterrolle übernehmen und im Bereich zukunftsorientierte Arbeitsmodelle, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen vorbildhaft sein.

Bei der Besetzung von Führungspositionen durch mehrere Personen ist es unerlässlich, nicht grundsätzlich eine Aufteilung der Stelle in zwei gleich ausgestaltete 50-Prozent-Stellen vorzunehmen. Jobsharing-Angebote mit der Hälfte der regulären Arbeitszeit (20h/Woche) berücksichtigen nicht die Bedürfnisse der Beschäftigten, die oft mit 30h/Woche oder mehr in vollzeitnaher Teilzeit arbeiten. Zudem ist ein auskömmlicher Lebensunterhalt auf diese Weise nicht immer zu erreichen. Es sollten deshalb Modelle zum Führen in Teilzeit entwickelt werden, bei denen es zu einer Besetzung von insgesamt über 100 Prozent der Stelle durch beide Führungskräfte gemeinsam kommt. Die vorhandenen Personalbudgets sind hierbei aber zur berücksichtigen.

Die Förderung von Jobsharing-Modellen in Führungspositionen schafft eine vielfältige und inklusive Arbeitsumgebung. Sie eröffnet einer breiteren Palette von Fachkräften die Möglichkeit, unabhängig von traditionellen Arbeitszeitmodellen Führungsrollen zu übernehmen. Angesichts der nach wie vor bestehenden Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen und traditioneller Arbeitsmodelle, die der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit entgegenstehen, können Führungspositionen in Teilzeit und insbesondere Jobsharing-Modelle dazu beitragen, die Geschlechterlücke zu verringern und die Voraussetzungen für eine Gleichstellung der Geschlechter zu verbessern. Dies schließt auch die Erhöhung des Frauenanteils in der Führungsebene und die Stärkung von Frauen in leitenden Funktionen ein. Jobsharing kann Berlin somit als Stadt der Frauen stärken.

Berlin, den 27. Februar 2024

Stettner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Golm
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD